

13.09.2006

## Entschließungsantrag

der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drucksache 14/2417): "Migranten als Polizeikollegen: Mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund bei der Personalauswahl für den Polizeidienst berücksichtigen"

### **Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst**

I.

In Nordrhein-Westfalen leben gegenwärtig 4,1 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund, das entspricht 22,9% der Bevölkerung. Diese Zahl erfasst auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Menschen mit einem zugewanderten Elternteil. 1,94 Millionen der Menschen mit Migrationshintergrund sind Ausländerinnen und Ausländer, ihr Bevölkerungsanteil beträgt somit 10,8%.

In beinahe allen Wirtschaftsbereichen sind Migrantinnen und Migranten erwerbstätig, vor allem im Dienstleistungssektor, dem produzierenden Gewerbe, dem Handel und Gastgewerbe. In diesen genannten und weiteren Bereichen ist der Anteil der Erwerbstätigen höher als der Bevölkerungsanteil. Besonders erfreulich ist der stark steigende Anteil von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihrerseits wiederum eine große Zahl an Arbeitsplätzen schaffen. Der Selbstständigenanteil hat bei Migrantinnen und Migranten inzwischen den Bevölkerungsanteil fast erreicht.

Ganz anders stellt sich das Bild im öffentlichen Dienst dar. Mit einem Anteil von 2 bis 2,5% sind Migrantinnen und Migranten weit unterproportional vertreten. An den Verwaltungsfachhochschulen Nordrhein-Westfalens gab es im Wintersemester 2004/2005 unter fast 9000 Studierenden nur einen einzigen Ausländer. Ähnlich schlecht sieht die Situation gegenwärtig nur im Banken- und Versicherungssektor aus.

Datum des Originals: 13.09.2006/Ausgegeben: 13.09.2006

## II.

Von vielen Verwaltungen wird die Situation des zu geringen Migrantenanteils seit langem als sehr unbefriedigend empfunden. Sie haben den Anspruch, ein Spiegelbild der Gesellschaft darzustellen, um so eine optimale Kundenorientierung gewährleisten zu können. Viele Städte wie z.B. Wuppertal oder Solingen suchen daher seit langem gezielt Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund für verschiedene Ausbildungsfelder. Auch bei der Justiz und der Polizei sind Menschen mit Migrationshintergrund seit langem gefragte Bewerberinnen und Bewerber. Bei der Polizei werden seit 1993 Ausländerinnen und Ausländer eingestellt, 1997 wurden verschiedene Zugangserleichterungen zum Polizeidienst geschaffen und die Werbung zielgruppenspezifisch ausgeweitet und intensiviert. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes werden die Vorteile offen benannt: Verbesserung der Kommunikation und damit der Arbeitseffizienz, mehr Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern, höhere Identifikation mit Staat und Gesellschaft, besseres interkulturelles Verständnis in Konfliktsituationen und vor allem eine wertvolle interkulturelle Mittlerfunktion gerade bei der Integrationsförderung.

Auch der Landtag Nordrhein-Westfalen hat diese vielfältigen Vorteile der Erhöhung des Migrantenanteils im öffentlichen Dienst erkannt. Die von allen Fraktionen beschlossene Integrationsoffensive 2001 forderte die Erhöhung des Migrantenanteils bei der Polizei, im Strafvollzug, in Kommunalverwaltungen, bei Erzieherinnen und Erziehern sowie in den Arbeitsagenturen.

Eine der Ursachen für den nach wie vor niedrigen Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst liegt darin, dass sie ihre Schullaufbahn oft ohne ausreichende Qualifikation beenden. Von insgesamt fast 49.000 Abiturientinnen und Abiturienten waren 2004 nur 2629 Ausländerinnen und Ausländer und 1107 Aussiedlerinnen und Aussiedler. Die allgemeine Hochschulreife ist jedoch eine Grundvoraussetzung für viele Beschäftigungsfelder im öffentlichen Dienst. An Hauptschulen ist jeder 5. Jugendliche ein Ausländer oder eine Ausländerin, an Gymnasien jeder 20. Auch die Schulabbrecherquote ist mehr als doppelt so hoch wie bei deutschen Schülerinnen und Schülern. Eine große Zahl von Migrantinnen und Migranten kommt daher von vornherein nicht für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst infrage. Notwendig sind hier bessere Bildungsabschlüsse, unser selektives Schulsystem steht dem Ziel entgegen, mehr Chancengleichheit für Kinder mit Zuwanderergeschichte zu verwirklichen und sie zu höher qualifizierenden Bildungsabschlüssen zu befähigen.

## III.

**Der Landtag stellt fest:**

- Im gesamten öffentlichen Dienst werden mehr Migrantinnen und Migranten gebraucht. Der Landtag steht daher zu seinen Beschlüssen zur Erhöhung des Migrantenanteils in Polizei, Justiz und bei Lehrerinnen und Lehrern. Darüber hinaus sind alle anderen Bereiche der öffentlichen Verwaltung aufgefordert, ihre Anteile von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

**Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf,**

- Maßnahmen zu ergreifen, die die strukturelle Benachteiligung von Migratinnen und Migranten in unserem Bildungssystem abbauen und Kindern mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zu einem hochwertigen Bildungsniveau eröffnen.
- zusammen mit Kooperationspartnern wie der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, Migrantenselbstorganisationen, islamischen Dachorganisationen, fremdsprachigen Medien, den Kommunen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege eine Werbekampagne zur Gewinnung von Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu erarbeiten und durchzuführen.
- mit den Arbeitsagenturen Vereinbarungen anzustreben, um verstärkt junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund für Ausbildungsgänge und Berufe im öffentlichen Dienst zu werben.
- bei Stellenausschreibungen der Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden künftig gezielt um Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu werben.

Sylvia Löhrmann  
Johannes Rimmel  
Monika Düker  
Sigrid Beer

und Fraktion